

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 9 15 20-12



## Inhalt

Siegrun Klemmer MdB  
zu den jüngsten Unfällen  
in osteuropäischen  
Atomkraftwerken: Osteu-  
ropas Kernreaktoren  
sind tickende Zeitbom-  
ben.

Seite 1

Joachim Poß MdB zu  
Reaktionen Waigels auf  
das BVG-Urteil: Waigel  
kümmert sich nicht um  
das Bundesverfas-  
sungsgerichtsurteil.

Seite 2

### Dokumentation

Appell von Siegfried  
Vergin, MdB, an die  
Kultusminister der Län-  
der.

Seite 3

47. Jahrgang / 201

19. Oktober 1992

### Osteuropas Kernreaktoren sind tickende Zeitbomben Untätigkeit der Bundesregierung beschleunigt die nächste Atomkatastrophe

Von Siegrun Klemmer MdB  
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit

Wieder ein schwerer Unglücksfall im bulgarischen Atomreaktor von Kosloduj. Wieder schrammt Europa nur ganz knapp an einer Katastrophe wie der von Tschernobyl vorbei. So oft ist dies passiert, daß man bei den Reaktionen schon von reinem Ritual sprechen kann: Energieexperten aus aller Welt beschwören die Bulgarische Regierung, den Reaktor abzuschalten - nichts passiert. Bundesumweltminister Töpfer redet davon, daß dieser Reaktortyp nicht nachbesserungsfähig sei und wegen des untragbaren Risikos abgeschaltet werden müsse - die Bundesregierung tut weiter nichts. Die SPD weist auf die Möglichkeiten der Bundesregierung hin, auf Bulgarien Druck auszuüben und durch Hilfe bei der Umgestaltung der dortigen Energiewirtschaft Atomkraft überflüssig zu machen - die Worte stoßen auf taube Ohren.

Wie kann es passieren, daß ein ganzer Kontinent offenen Auges einem Desaster entgegensteuert, wie es angesichts der osteuropäischen Atomkraftwerke der Fall ist, und die notwendigen Maßnahmen bleiben aus? Kosloduj ist eine tickende Zeitbombe. Selbst Tschernobyl, der Reaktor, über dessen Un-Sicherheit kein Wort mehr verloren werden muß, geht wieder an's Netz. Der litauische Atomreaktor in Ignalina sprüht neun Tage lang radioaktiven Dampf und Wasser aus, und wird erst dann, "vorübergehend", abgeschaltet.

Die Bundesregierung beteiligt sich lediglich an dem Wettlauf, der offensichtlich in den Industrieländern darum entbrannt ist, wessen Atomindustrie an der atomaren Wiederaufrüstung der osteuropäischen Energiewirtschaft am meisten verdient. Die EG schießt 260 Millionen DM für den Nuklearbereich zu, lediglich 13,6 Millionen für Energie-Einsparungen, die im Moment vielversprechendste "Energiequelle" im maroden Energiesystem Osteuropas. Das ist genau der falsche Weg. Die Nutzung der dort vorhandenen natürlichen Ressourcen, die Ausschöpfungen der immensen Energieeinsparpotentiale und die massive

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Haussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Prüfungsorgan  
mit anerkanntem  
Recycling-Papier



Förderung energiesparender Techniken könnten Osteuropas Kernkraft ersetzen und den ganzen Kontinent vor einer weiteren Katastrophe bewahren - dies würde aber auch ein Exempel statuieren, vor dem sich die dann überflüssige Atomindustrie fürchtet.

Das scheint der entscheidende Grund zu sein, warum die Bundesregierung die notwendigen Schritte nicht ergreift. Sie macht sich damit im höchsten Maße mitverantwortlich für das Unglück, auf das Europa weiterhin ungebremst zurast.

(-/19. Oktober 1992/ks/ks)

\*\*\*\*\*

### **Ein verfassungspolitischer Skandal**

**Waigel kümmert sich nicht um das Bundesverfassungsgerichtsurteil**

**Von Joachim Poß MdB**

**Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundeslagsfraktion**

Es ist ein verfassungspolitischer Skandal, wenn der Bundesfinanzminister Dr. Waigel sich jetzt weigert, den verfassungswidrigen Zustand des Steuerrechts mit zu niedrigen Grundfreibeträgen zum 1. Januar 1993 durch eine gesetzliche Regelung zu korrigieren.

Waigel soll endlich seine Verantwortung für das Amt als Bundesfinanzminister in Bonn, für das er ernannt und bezahlt wird, ernstnehmen:

Es ist schon peinlich genug, daß Waigel sich erst vom Karlsruher Gericht sagen lassen muß, was in der Verfassung steht und wie lange er schon in verfassungswidriger Weise die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen besteuert hat.

Es ist verantwortungslos, wenn er sich - in einem Ministerium mit fünf Staatssekretären, die hier seine Arbeit übernehmen - nicht auf das seit langem erwartete und durch die bisherige Rechtsprechung vorgezeichnete Urteil des Bundesverfassungsgerichts vorbereitet hat.

Es ist in einem Rechtsstaat überhaupt nicht hinzunehmen, daß der Bundesfinanzminister diesem verfassungswidrigen Zustand nicht sofort durch eine Gesetzesinitiative an Bundestag und Bundesrat Abhilfe schafft.

In einer Millionen Steuerzahler betreffenden Regelung, die stufenweise zu einer verfassungsgemäßen Besteuerung führen muß, wird doch wohl nach normalen (allgemeinem) Verfassungsverständnis eine Korrektur des Steuerrechts durch den Gesetzgeber der richtige Weg sein und nicht Billigkeitsmaßnahmen der Steuerverwaltung im Einzelfall! Das aber ist Waigels "Ausweg": Die Ländersteuerverwaltungen sollen durch Billigkeitsentscheidungen in vielen Millionen Einzelfällen das ausbaden, wofür der Bundesfinanzminister, diese Bundesregierung und die derzeitige Bonner Koalition verantwortlich sind.

Der Bundesfinanzminister ist am Zuge. Notfalls muß der Bundeskanzler ihn an seine Pflichten erinnern. Wenn es um ein Haushaltssicherungsgesetz zu Lasten der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen gehen würde, wäre Waigel keine Zeit zu kurz, um so etwas über die Bühne zu bringen. Offensichtlich fehlt dem Bundesfinanzminister aber Mut und Durchsetzungskraft, um die Koalition und das Kabinett mit einer sozial orientierten Steuerrechtsänderung zu befassen; selbst wenn er dazu vom Bundesverfassungsgericht aufgefordert wurde.

Wir Sozialdemokraten bieten dem Bundesfinanzminister an, daß wir alles tun werden, um eine Gesetzesinitiative der Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren überschieunigt zu behandeln und zu verabschieden.

(-/19. Oktober 1992/rs/ksj)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Appell an die Kultusminister der Bundesländer**

**Zum Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit**

Der SPD-MdB Siegfried Vergin hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Kultusministerkonferenz der Länder appelliert, eine außerordentliche Sitzung der Kultusminister einzuberufen, die sich mit Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit beschäftigt. Der Brief hat folgenden Wortlaut.

Der Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, der israelische Schriftsteller Amos Oz, hat allen Menschen mit seiner Dankesrede am 4. Oktober 1992 gesagt: "Wir müssen mit Gegnern, Feinden, Fremden und Nachbarn Frieden schließen - nicht weil sie nett sind, nicht weil sie Opfer sind, sondern weil sie da sind."

Er sagte dies in Frankfurt am Main, denn in der Bundesrepublik Deutschland werden gewalttätige Angriffe auf Ausländerinnen und Ausländer insbesondere auf Unterkünfte von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern verübt. Rechtsextremistische Gruppen führen öffentliche Aufmärsche durch, dabei werden unverdeckt nationalsozialistische Symbole und Zeichen verwendet. Jüdische Grabmale werden geschändet, Menschen mit dunkler Haut und dunklen Haaren werden auf offener Straße angepöbelt und angegriffen, Unterstützt werden solche Aktionen durch passive oder Beifall klatschende Zuschauerinnen und Zuschauer. Ausländerfeindliche Parolen und Vorurteile werden viel zu oft widerspruchslos geäußert.

Besonders schmerzlich ist bei all diesen Erscheinungen der große Anteil jugendlicher Menschen, die sich daran beteiligen. Ihre Gefühle von Wut und Hass sind offensichtlich und erschreckend.

Mir ist bewußt, daß nur durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von Fachleuten aus den Bereichen der Bildungs-, der Arbeitsmarkt-, der Sozial-, Jugend- und Kulturpolitik eine Lösung für all diese Probleme gefunden werden kann. Dennoch bin ich der Meinung, daß gerade die Bildungspolitik eine besondere Verantwortung zu übernehmen hat.

Die Schulbildung muß in den Köpfen und Herzen der jungen Menschen den Grundstein legen für die Achtung der Menschenwürde, unabhängig von der Rasse und der Herkunft. Bildung muß dazu beitragen, daß rechtsextremistisches und rassistisches Gedankengut nicht auf fruchtbaren Boden fallen kann. Dies ist eine ständige und langfristige Aufgabe für alle, die mit Jugendlichen arbeiten.

Frieden, Freiheit, Gleichberechtigung, Verantwortung und Menschenwürde müssen oberste Priorität bei den Lernzielen in unseren Schulen haben.

Die globalen Zusammenhänge von Not und Unterdrückung in den sogenannten Entwicklungsländern und dem Reichtum in der Bundesrepublik Deutschland müssen umfassend dargestellt werden. Die Gründe für Wanderungsbewegungen dürfen bei der Diskussion um die Anzahl von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in unserem Land nicht aus dem Blickfeld geraten.

Die besondere Verantwortung deutscher Menschen, die sich aus den Taten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft ergibt, muß jungen Menschen nahe gebracht werden. Lehrerinnen und Lehrer müssen in die Lage versetzt werden, den Jugendlichen die Erinnerung an die Geschichte zu ermöglichen und ihnen den Weg zu weisen, welche Lehren aus dieser Geschichte zu ziehen sind.

Wann immer noch und immer mehr Jugendliche sich die einfachen Antworten rechtsextremistischer Führer zu eigen machen, dann müssen die Verantwortlichen im Bereich der Bildungspolitik sich die Frage stellen, wie dem entgegengewirkt werden kann.

Führende Wissenschaftler aus circa 15 Staaten der Welt waren sich bei der Internationalen Konferenz des Zentrums für Antisemitismusforschung einig, daß, wie Professor Jehuda Bauer, Jerusalem, sagte, die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus "gleichzeitig ein Kampf für Demokratie, parlamentarische Regierungen und für konservative, liberale und sozialdemokratische Prinzipien ist."

Die Kultusministerkonferenz der Bundesrepublik Deutschland muß für diese Erziehungsdimensionen politische Signale geben. Der Zusammenschluß der Kultusministerien der Länder muß genutzt werden, Probleme des Rassismus, des Antisemitismus und der Verletzung der Menschenrechte zu einem grundlegenden, fächerübergreifenden Inhalt der Lehrpläne aller Länder der Bundesrepublik zu machen. Die Schulbücher in allen Ländern sollten entsprechend durchgesehen und immer wieder geprüft werden.

Die oben genannten Themen müssen in die Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer mehr als bisher eingegliedert werden. Eine Zusammenarbeit mit den Eltern, mit den Wirtschafts-, Berufs- und Arbeitsgemeinschaften sowie mit den Lehrerorganisationen muß ausgebaut und auf eine verlässliche, kontinuierliche Basis gestellt werden. Die Kultusministerkonferenz sollte ihre schulischen Anstrengungen ergänzen durch eine Einwirkung auf die Jugendminister, die im außerschulischen Bereich mit gleicher Zielrichtung arbeiten müssen.

Die Zusammenarbeit mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern muß erweitert werden, um eine ständige Rückkopplung zwischen wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und den praktischen Erfahrungen der Lehrenden zu erreichen.

Die Anstrengungen zur Durchsetzung dieser Ziele müssen verstärkt werden, und meiner Meinung nach kann die Kultusministerkonferenz hier entscheidend mitwirken, ich warne aber davor, in dieser Situation, sechszehn Curriculakommissionen einsetzen zu wollen; unsere Demokratie ist in Not, sie hat nicht nur Verwerfungen an den politischen Rändern. In einer solchen Zeit sage ich als Föderalist: keine einheitliche Richtlinie für alle Schulen in Deutschland muß schnell zur Verfügung stehen. Die Lehrerinnen und Lehrer dürfen von den für sie politisch Verantwortlichen nicht allein gelassen werden. Und insbesondere dürfen die Lehrerinnen und Lehrer nicht länger den Eindruck haben, daß es sie nichts anzugehen hat, weil die Kultusminister und Kultusministerinnen schweigen.

Ich bitte Sie deshalb, ja, ich fordere Sie auf, eine außerordentliche Sitzung der Kultusministerkonferenz einzuberufen, die sich ausführlich und ausschließlich mit der Frage beschäftigt, wie die oben genannten Themen in den Schulen wirkungsvoller, handlungsorientiert und ausführlicher als bisher vermittelt werden können.

Amos Oz hat das ausgedrückt, was mich seit Jahren umtreibt: "Die Vergangenheit, Ihre wie auch unsere, kann man nicht verbrennen. Nein, in Gefahr, Feuer zu fangen, sind Deutschlands Gegenwart und Zukunft." Und er hat hinzugefügt, daß es nicht nur Pflicht der Deutschen sei, Einwanderern Schutz zu gewähren und jüdische Gedenkstätten zu schützen, sondern auch, "sich selbst gegen gewalttätigen Rassismus und Gleichgültigkeit zu verteidigen". Darum geht es.

(-/19. Oktober 1992/rs/ks)

\*\*\*\*\*